

INTERNATIONAL

VIETNAM Rund um Hanoi, Ho-Chi-Minh-Stadt und Haiphong wird viel gestreikt. Das Streikrecht ist so kompliziert, dass sich niemand danach richtet – zum Unmut der Unternehmen.

Im Streikdschungel

Von Marina Mai

Ende März 2008: 20 000 ArbeiterInnen einer Nike-Fabrik im Mekongdelta in Vietnam sind in den Ausstand getreten. Ihre Forderung: Sie wollen mehr Geld und nahrhaftere Mahlzeiten in der Kantine. Die ArbeiterInnen, die für den US-amerikanischen Sportartikelhersteller Schuhe nähen und kleben, verdienen 59 US-Dollar im Monat. Das ist zwar ein wenig mehr als der staatliche Mindestlohn von 50 Dollar, aber trotzdem zu wenig, um den Lebensunterhalt zu bestreiten.

Die Regierung und die staatliche Gewerkschaft entsandten daraufhin Vertreter in die Fabrik, welche die ArbeiterInnen überreden sollten, einen Tarifvertrag zu unterzeichnen. Dieser soll ihnen zusätzliche 6 US-Dollar im Monat bringen – gefordert hatten sie das Doppelte. Nach drei Streiktagen unterschrieben sie das Papier trotzdem.

Dank niedriger Lohnkosten, die unter jenen Chinas liegen, fehlender Umweltstandards und einer akzeptablen Infrastruktur ist Vietnam zu einem begehrten Standort für ausländische InvestorInnen avanciert. Es werden hier Textilien, Schuhe und Spielzeug produziert, aber auch Schiffe und Mobiltelefone. Die Fabriken der taiwanesischen, chinesischen und koreanischen EigentümerInnen liegen in den Industriegürteln rund um die Städte Hanoi, Ho-Chi-Minh-Stadt und Haiphong.

Streikrecht gefordert

Die Arbeitsbedingungen sind schlecht. Die unqualifizierten BilliglohnarbeiterInnen, die vor allem aus ländlichen Regionen stammen, schlafen meist in Massenlagern. Die 48-Stunden-Arbeitswoche gibt es oft nur auf dem Papier. Immer wieder kommt es zu Streiks für bessere Mahlzeiten und für Krankenstationen. Nach Arbeitsunfällen können die Verletzten oft nicht schnell genug ins weit entfernte Krankenhaus gebracht werden.

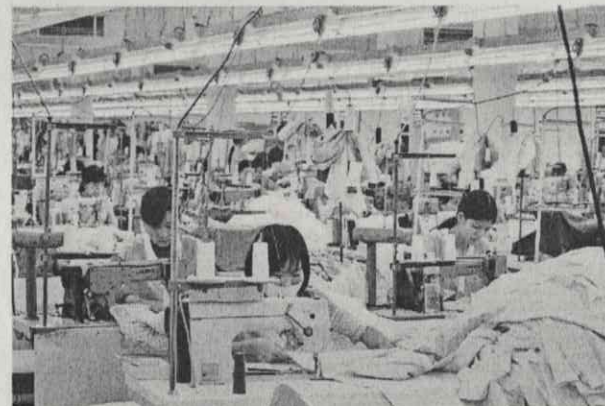
Anfang 2006 erzielte eine landesweite Streikwelle, die 201 Firmen traf, eine

Erhöhung des staatlichen Mindestlohnes um vierzig Prozent – nun bahnt sich wegen steigender Lebenshaltungskosten erneut eine Streikwelle an. Damals wurden europäische und japanische Unternehmen von den Streiks überrascht und forderten von der Regierung Massnahmen. Schließlich werbe Vietnam mit niedrigen Arbeitskosten und einer gut ausgebildeten Arbeiterschaft, «die nicht zu Streiks neigt», weil die Gewerkschaften staatlich kontrolliert seien, so der Chef der Europäischen Handelskammer, Alain Cany. Inzwischen würde man aber Streiks akzeptieren, falls diese in einem gesetzlichen Rahmen verlaufen, statt – wie so häufig – spontan auszubrechen, sagt Bernd Buge, ein deutscher Investor, der seinen richtigen Namen nicht in der Zeitung lesen will. «Die Arbeitgeber meckern, die Arbeiter auch – das Parlament muss endlich ein praktikables Streikrecht schaffen.»

Regierung im Dilemma

Nach vietnamesischem Recht sind spontane Streiks illegal. Zurzeit wird ein neues Gesetz erarbeitet. Wolfgang Däubler, ein gewerkschaftsnaher deutscher Arbeitsrechtler, berät dabei die ParlamentarierInnen, das Arbeitsministerium sowie die Gewerkschaften. Die drei Parteien hätten eine «grosse Bereitschaft, die europäischen Erfahrungen zur Kenntnis zu nehmen», sagt er. Einem legalen Streik müssen derzeit zwei Schlichtungsverfahren vorausgehen. Anschliessend muss er langfristig angekündigt werden. «Zudem kann nur eine betriebliche Gewerkschaft einen Streik ausrufen», sagt Däubler.

Dies führt zu Problemen. Laut dem Vizebürgermeister von Ho-Chi-Minh-



Nähen für ein wenig Geld: In Vietnam sind die Arbeitsbedingungen schlecht – deshalb kommt es immer häufiger zu spontanen Streiks.

Stadt, Nguyen Tien Nhan, existiert in nur 35 Prozent der Betriebe in der Stadt eine Gewerkschaft. Die Streikwelle von 2006 hätten die Beschäftigten selbst organisiert, beteuert Cu Thi Hau, die Vorsitzende des Gewerkschaftsdachverbandes. Ums Recht hat sich dabei niemand gekümmert, weil dieses zu kompliziert ist. Auf Businessforen sprachen Regierungsvertreter immer von einer «schwarzen Macht», welche die Streiks organisieren würden, sagt Buge. Trotzdem sei die Streikbeteiligung sehr hoch, meint Däubler, oft bis zu annähernd hundert Prozent. Dies spreche für eine gute Vorbereitung. «Die Leute sprechen sich ab; wer nicht mitmacht, wird zum Aussenseiter.»

Vietnams Regierung befindet sich in einem Dilemma. Der Einparteienstaat muss die Interessen der internationalen Unternehmen und diejenigen der BilliglohnarbeiterInnen berücksichtigen. Ministerpräsident Nguyen Tang Dung er-

liess im Januar eine Verfügung, wonach Unternehmen die OrganisatorInnen unbewilligter Streiks zu Schadenersatz verklagen können. «Das ist heisse Luft und nicht durchsetzbar», meint der Unternehmer Buge. «Versuchen Sie doch mal, einem nackten Mann in die Tasche zu greifen.» Damit wolle die Regierung lediglich den InvestorInnen signalisieren: Wir stehen auf eurer Seite. Sie könne es sich nicht leisten, die Firmen zu verprellen.

Allerdings seien die Unternehmen auch auf die Beschäftigten angewiesen, sagt Däubler. «Es ist nicht leicht, neue Leute mit Produktionserfahrung zu finden. Und in Vietnam streiken auch die Vorarbeiter und Meister – die kann man nicht ersetzen.» Die Unternehmer müssten sich folglich mit den Beschäftigten einigen. Und das tun sie auch: «Fast alle Streiks sind nach spätestens einer Woche beendet», sagt der Arbeitsrechtler. ♦

DEUTSCHLAND 1

Schwarze Grüne

Ab kommendem Freitag regiert in Hamburg die erste schwarz-grüne Koalition auf Länderebene. Am Sonntag hatten auf einer Mitgliederversammlung der Grün-Alternativen-Liste (GAL) über achtzig Prozent dem Koalitionsvertrag mit der CDU zugestimmt. Die Basis ignorierte damit Proteste der Lehrer-Innengewerkschaft GEW und der Umweltschutzorganisation Greenpeace. Die GEW widersetzt sich der beschlossenen Schulreform, die eine noch frühere Sortierung der SchülerInnen vorsieht. Und Greenpeace kritisiert, dass die GAL den Widerstand gegen den Bau eines neuen Kohlekraftwerks aufgegeben hat.

Das Koalitionspapier erlaubt auch die umstrittene Vertiefung des Flusses Elbe. Noch im Wahlkampf hatten sich die Grünen gegen dieses Vorhaben gewandt. Da auch die SPD für das Ausbaggern ist, hätte man eine Vertiefung der Elbe ohnehin nicht verhindern können, argumentiert die GAL. Weil die Hamburger SPD eine Koalition mit der Partei Die Linke ablehnte, war über eine rechnerisch mögliche rot-rot-grüne Koalition nie verhandelt worden. *pro*

DEUTSCHLAND 2

Strike-Bike zwei

Nun gibt es also doch eine Fortsetzung. Ende dieser Woche nimmt – nach einem symbolischen Arbeitsbeginn am 1. Mai – die Kooperative Strike-Bike im thüringischen Nordhausen wieder die Produktion auf. Letztes Jahr hielten 126 Beschäftigte der Fahrradfabrik Bike Systems mehrere Monate lang ihren Betrieb besetzt, nachdem der US-Finanzinvestor Lone Star das Unternehmen in den Konkurs getrieben hatte. Im Oktober schraubten die BesetzerInnen 1800 rote Velos mit dem Namen «Strike-Bike» zusammen, die schnell verkauft waren. Doch die Besetzung scheiterte, es fand sich kein neuer Investor. Der Betrieb wurde geschlossen, die Belegschaft stand auf der Strasse.

Vor mehreren Wochen jedoch gründeten 21 der ehemaligen Beschäftigten ein eigenes Unternehmen, nachdem sie – so Kollektivmitglied Jens Müller – «eine alte, aber funktionsfähige Produktionslinie» hatten retten können. In der ersten Phase wird die Kooperative 2000